

## LÄNDLICHE NEUSIEDLUNG IM WESTLICHEN MITTELEUROPA VOM ENDE DES 19. JAHRHUNDERTS BIS ZUR GEGENWART\*)

### LÄNDLICHE NEUSIEDLUNG IN MITTELEUROPA VOM ENDE DES 19. JAHRHUNDERTS BIS ZUR GEGENWART ALS NATIONALPOLITISCHES INSTRUMENT: ZIELE, ZEITGENÖSSISCHE STELLUNGNAHMEN UND ERGEBNISSE

JAN G. SMIT

*Summary:* Rural colonization in Central Europe from the end of the 19th century as a national political instrument: aims, contemporary opinions and results

The inner colonization in Central Europe during the last hundred years is now an historical phenomenon, which got its importance because of its significance as an instrument to strengthen the national state. The term inner colonization has been used in a different way in European countries. In those countries where only a small amount of the surface has been used for colonization, the erection of some farmhouses has been typified as colonization. In other countries with large scale activities only the construction of new villages or the planning of new rural landscapes has been interpreted as colonization. Different forms of colonization can be typified according to the kind of the land, the composition of the colonizing people and the structure of the new settlements. The colonization area may be newly created land like land reclamations or uncultivated land such as peat or heathlands. It can also appear on already cultivated land, as in the case of the settlement on large estates. Settlements existing at the time were reconstructed. Colonization forms according to the colonizing population can be divided into the existing groups, e. g. farmers, land workers, etc. or according to the regions the population came from. Also the new settlements may be different according to the design: not only closed villages, but also villages built up of scattered farms can be planned.

What forms of colonization was chosen depend on the national aims in connection with the colonization activities. The state can be interested in a larger population number in some rural regions, e. g. border regions, colonization

may be a part of social policy, in order to lessen social stratification, agricultural policy may be the leitmotiv in colonization, increasing agricultural production by creation of new farms.

To realize colonization activities central authorities created special organisations which had the possibility of buying land, selecting settlers, etc. The extension function of those organisations was also important. They had to inform the future settlers and other people about the colonization activities. Inner colonization activities within Central Europe were of limited significance in terms of total amount of activities whereas its ideological significance was of greater importance.

#### 1. Einleitung

Die ländliche Neusiedlung ist heute in den mitteleuropäischen Staaten nur noch ein historisches Phänomen, da ihre letzte Phase in den 50er Jahren unseres Jahrhunderts endete. Im folgenden sollen die Ziele der ländlichen Neusiedlung in Zentraleuropa und besonders Deutschland jeweils für die unterschiedlichen Perioden seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert dargestellt werden, wobei auch zeitgenössische Stellungnahmen zu berücksichtigen sind. Dieser Abschnitt der ländlichen Neusiedlung kann nicht adäquat gewürdigt werden, wenn man nicht ihre Einbindung in die Entwicklung des Nationalstaates in den Vordergrund rückt. Den Anfang der Neusiedlung staatlicher Prägung kann man auf etwa 1880 datieren, als sich der Nationalstaat als Institution gefestigt hatte und Massenindustrialisierung, Bevölkerungskonzentration und Landwirtschaftskrise in Europa spürbar geworden waren.

Die ländliche Neusiedlung sollte vor allem die kulturelle und politische Identität des Nationalstaates

\*) Überarbeitete und durch Literaturverzeichnisse ergänzte Fassungen der in Berlin am 2. 10. 1985 auf dem 45. Deutschen Geographentag in der von K. FEHN und W. KRINGS geleiteten Sitzung des „Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa“ gehaltenen Vorträge. Der Schlußbeitrag von W. KRINGS wurde eigens für dieses Heft geschrieben.

stärken oder zumindest erhalten. Sie wurde sowohl durch Ansiedlung in angeblich gefährdeten Grenzgebieten als auch durch Bevölkerungspolitik (Verdichtung der ländlichen Bevölkerung, Auflockerung der Ballungsgebiete), Agrarpolitik (Verbesserung, Erweiterung oder Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion) oder Sozialpolitik (Milderung oder Beseitigung der sozialen Gegensätze) zu verwirklichen versucht. Im Nationalstaat diente dementsprechend die ländliche Siedlung auch nicht primär der Förderung von einzelnen Regionen im Sinne der modernen Regionalpolitik, sondern der Stärkung des Nationalstaates ohne besondere Rücksicht auf die speziellen Bedürfnisse der Region. So betrachtet kann man die ländliche Neusiedlung geradezu als Indikator für das Zentrum-Peripherie-Verhältnis betrachten, da hier die Abhängigkeit bestimmter ländlicher Regionen von der nationalen Interessenebene besonders deutlich wird. Weder die Aufsiedlung von Großgütern in den ehemaligen preußischen Provinzen Posen und Westpreußen am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch die Emslandkultivierung und -besiedlung in den 30er Jahren unseres Jahrhunderts wurde vorrangig zur Verbesserung der Regionalstrukturen durchgeführt, sondern in beiden Fällen standen nationale Interessen eindeutig im Vordergrund. Die für diese Gebiete positiven Auswirkungen betrachtete man nur als einen positiven Nebeneffekt. Obwohl ganz allgemein gesehen die raumwirksame Staatstätigkeit die letzte Phase der ländlichen Neusiedlung in den einzelnen Staaten eindeutig bestimmte, dürfen die einschlägigen Initiativen der Regionalbehörden, Kommunen und Privatinstitutionen nicht außer Acht gelassen werden. Nicht zuletzt deshalb sind wesentliche Unterschiede bei der Verwirklichung der ländlichen Neusiedlung für die einzelnen europäischen Staaten und die einzelnen Perioden festzustellen.

## 2. Begriffsbestimmungen und Erscheinungsformen

Für die ländliche oder landwirtschaftliche Neusiedlung wurde im Deutschen Reich vor 1919 meist der Begriff *innere Kolonisation* gebraucht. HUGENBERG definierte ihn 1891 als „jede Neugründung forst- und landwirtschaftlicher Betriebe“, sowohl „aus aufgelösten alten oder aus Teilen alter Betriebe ohne wesentliche Veränderung der Bodenkultur“, als auch „auf bisher gar nicht oder nur in verhältnismäßig oberflächlicher Weise genutztem Boden“ (HUGENBERG 1891, 1). 1932 betrachtete LANG die „eigene Ackernahrung“ als entscheidendes Ziel der landwirt-

schaftlichen Siedlung, die entweder durch Neusiedlung oder durch Aufstockung bestehender kleinbäuerlicher Betriebe (die sog. Anliegersiedlung) erreicht werden konnte (LANG 1932, 692–693). Mehr als zuvor wurde hier die selbständige Existenz betont. EHRENFORTH ergänzte den Gesichtspunkt „Verbesserung der Agrarstruktur und der Landeskultur“ (EHRENFORTH 1965, 94). In dem von der niedersächsischen Landesregierung angefertigten Entwurf einer *Zielanalyse „Ländliche Siedlung“* (1973, 5–6) ist von „Verbesserungen der Lebensbedingungen im ländlichen Raum und der Sicherung der Erholungs- und Freizeitlandschaft“ die Rede, womit der rein landwirtschaftliche Charakter aus der Definition verschwunden ist.

Bei den deutschen Autoren steht die Gründung einzelner Agrarbetriebe im Vordergrund. Es kann sich bei „innerer Kolonisation“ sowohl um die Anlage eines Hofes als auch um die Neugründung eines Dorfes oder mehrerer Dörfer handeln; auch die Größe der siedelnden Gruppe spielt keine Rolle. Bei den niederländischen Verfassern werden die Akzente anders gesetzt. CONSTANDSE definiert Kolonisation als „Die Ansiedlung einer größeren Zahl von Menschen – als Gruppe oder nicht, geleitet oder nicht – in einem Gebiet, das unbewohnt ist oder bewohnt wird von einer Bevölkerung, die das Gebiet auf andere Weise nutzt als dies der Kolonist plant; ein Gebiet, das zudem, sofern nicht geographisch, so doch zumindest psychologisch deutlich getrennt ist vom alten Wohngebiet. Die Kolonisten haben das Ziel, dort eine dauerhafte Gesellschaft aufzubauen, wobei der Lebensunterhalt auf der Grundlage der natürlichen Voraussetzungen dieses Gebietes gewonnen werden soll“ (CONSTANDSE nach SMIT 1983, 15). Der wichtigste Unterschied ist die Betonung der gruppenweisen Ansiedlung und die Trennung vom alten Wohnort der Kolonisten. Bei GROENMAN gibt es noch einen weiteren Unterschied. Er stellt die Kolonisation mit der Erstbesiedlung eines Gebietes gleich (GROENMAN 1947, 258).

Aus dieser kurzen Übersicht wird deutlich, daß die Begriffsbestimmungen sich parallel zu den gesellschaftlichen Entwicklungen im Laufe der Zeit verändert haben. Daneben hängt die Bedeutung dieses Begriffes auch eng mit der Art des Vorgangs im jeweiligen Land zusammen. In den Niederlanden ist die Definition hauptsächlich durch den großen Umfang der Trockenlegungen (Zuiderseepolder) beeinflusst und in Deutschland stand mehr die Gründung einzelner bäuerlicher Betriebe im Vordergrund.

Einen typischen Bedeutungswandel des deutschen Kolonisationsbegriffes finden wir in der NS-Zeit, als

Pläne entstanden, um Teile der eroberten polnischen und russischen Gebiete mit Deutschen zu besiedeln. Nach MEYER war in der Ostkolonisation die Idee des bäuerlichen Familienbetriebes überholt (MEYER 1941, 94). Jetzt stand nicht mehr die Gründung einzelner bäuerlicher Betriebe im Vordergrund, sondern die Umgestaltung ganzer Regionen, wobei die einheimische Bevölkerung den deutschen Siedlern Platz machen mußte. Im Gegensatz zur „inneren Kolonisation“, die Kolonisation nur innerhalb des Territoriums durchführen wollte, ähnelten diese neuen deutschen Pläne nunmehr dem klassischen europäischen Imperialismus im Sinne von MEINIG (1969, 214), der neue Territorien europäischer Prägung schaffen wollte.

Ein Element der europäischen „inneren Kolonisation“ ist in den bisherigen Definitionen noch kaum berücksichtigt worden. Das ist die staatliche Initiative. SMIT hat versucht, die Definition von CONSTANCE für seine Untersuchung über die „innere Kolonisation“ im Dritten Reich so anzupassen, daß diese auch berücksichtigt werden konnte: „Kolonisation . . . ist die auf der Basis staatlicher Lenkung erfolgende Ansiedlung“ (SMIT 1983, 21).

Bei der Erforschung der ländlichen Neusiedlung stehen drei Problembereiche im Mittelpunkt:

1. Die Herkunft des zu besiedelnden Landes,
2. Die Zusammensetzung der siedelnden Bevölkerung,
3. Die Gestaltung der neuen Siedlungen.

Nach der Herkunft des zu besiedelnden Landes kann man Siedlungen auf Kulturland und Siedlungen auf Öd- und Neuland unterscheiden. Bei der Neusiedlung auf Kulturland soll eine Umwandlung der Bewirtschaftung und der Bevölkerungsstruktur erfolgen. Die bekannteste Form ist die Aufsiedlung von Großgütern. Sie wurde hauptsächlich aufgrund gesellschaftlicher Prozesse oder Veränderungen, oder um diesen Veränderungen zuvorzukommen, durchgeführt. Letzteres war im Deutschen Reich, in Dänemark, Italien und Spanien der Fall. In den osteuropäischen Staaten erfolgte nach 1945 die Aufsiedlung als Folge der neuen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Dort wurden im Gegensatz zu den ebengenannten Staaten ohne Entschädigung alle Güter aufgeteilt oder in gesellschaftliches Eigentum umgewandelt.

Die Gutsaufsiedlung kann als ein besonderer Vorgang betrachtet werden, weil sie aus politischen Gründen zu zeitweiligem Rückgang der Agrarproduktion führen und für längere Zeit soziale Unruhe verursachen kann. Im Falle von Gut Seedorf (Schleswig-Holstein) z. B. wollte man 1935 durch Ansied-

lung von nationalsozialistisch gut gesinnten Bauern eine Überwachung der mehr oder weniger stark kommunistisch oder sozialistisch orientierten ehemaligen Landarbeiter durchführen (SMIT 1983, 245–258).

Die Einrichtung und Besiedlung des Neulandes war meistens ein größeres Unternehmen, bei dem eine ganz neue Kulturlandschaft entstand. Deswegen wurden größere Neulandgewinnungsprojekte meistens planmäßig durchgeführt, wie das niederländische Zuiderseeprojekt oder der Zehn-Jahres-Plan für die schleswig-holsteinische Westküste (1933). Die Ödlandkultivierung umfaßte sowohl die Besiedlung kleinerer Räume, wie z. B. die „Siedlung vom Hofe“, als auch planmäßig gestaltete großräumige Projekte. Beispiele sind die „Veenkolonien“ in den nordöstlichen Niederlanden, die Emslandkultivierung in den 30er Jahren und die Heidekultivierung im dänischen Jütland.

Die Ödlandbesiedlung konnte sich auch ungünstig für die einheimische Bevölkerung, die das Ödland als Weide oder zur Torfabgrabung benutzte, auswirken. Hierdurch konnte diese Siedlungsaktivität zu Konflikten führen, wie es in den 30er Jahren im Emsland der Fall war. Dort gab es Streitigkeiten zwischen der Siedlungsgesellschaft und den einheimischen Bauern und Torfunternehmern über das Abkaufen der Torfabgrabungsrechte.

Die Anzahl der nach der Sozialstruktur zu unterscheidenden möglichen Neusiedlungsformen ist wegen der engen Verbindung der Landwirtschaft mit der inneren Kolonisation nicht sehr groß. Der Hauptteil der neuen Siedler bestand aus Landwirten, so daß diese neuen Siedlungen landwirtschaftlich geprägt waren. In den einzeln gegründeten Neudörfern waren die Einwohner fast alle Landwirte, die von den benachbarten Altdörfern aus versorgt wurden. Auch die hier tätigen Landarbeiter kamen von dort. Bei der Besiedlung von größeren Flächen war die Situation anders. Da war die Entfernung zu den benachbarten Versorgungs- und Verwaltungszentren zu groß; es mußte deswegen der Aufbau gewisser Versorgungs- und Verwaltungsstrukturen vorgesehen werden. Dort konnten jeweils eigene Orte für die verschiedenen hierarchisch geordneten Versorgungs- und Verwaltungsebenen gebildet werden. In den zentralen Orten entstanden zahlreiche außerlandwirtschaftliche Betriebe, Verwaltungseinrichtungen, Schulen, Krankenhäuser usw. Durch die Niederlassung von Geschäftsleuten, Handwerkern, Verwaltungsbeamten, Lehrern usw. bildete sich innerhalb dieser neuen Siedlungen oft eine kleine Elite. Man kann durchaus feststellen, daß die soziale Schichtung der Kolonistenbevölkerung bei größeren Projekten zunahm. Da damals in den meisten Agrarbetrieben noch Landarbeiter notwendig

waren, wurden auch Landarbeiterstellen eingerichtet. Dabei gab es zwei Möglichkeiten. In den Öd- und Neulandsiedlungen wurden sie meistens als Einzelstellen zwischen den Bauernhöfen angelegt. Bei den Gutssiedlungen richtete man getrennte Landarbeiterkolonien ein.

Eine andere Betrachtungsweise der Bevölkerungsstruktur der Neusiedlung richtet sich auf die Herkunft der Bevölkerung, vor allem wenn die neuen Bewohner jeweils fast geschlossen aus demselben Bereich kamen. In Deutschland gab es z. B. West-Ost-Siedler, Flüchtlingssiedler und Soldatensiedler. Die ersteren waren Kolonisten aus West- und Süddeutschland, die im Osten mit dem Ziel angesiedelt wurden, die deutschsprachige bäuerliche Bevölkerung zu verstärken. Die Flüchtlingssiedler kamen nach dem Ersten bzw. Zweiten Weltkrieg aus den verlorengegangenen Gebieten. Schließlich wurden nach dem Ersten Weltkrieg für kriegsversehrte Soldaten Siedlungen eingerichtet.

Was die dritte Gliederungsmöglichkeit der Neusiedlungen, die nach ihrer räumlichen Gestaltung, betrifft, so kann eine fast vollständige Einteilung der möglichen Siedlungsformen der Denkschrift über die Tätigkeit der Ansiedlungskommission *Zwanzig Jahre deutsche Kulturarbeit 1886–1906* entnommen werden. Diese Einteilung ist so vollständig, daß hiermit auch anderswo entstandene Neusiedlungen erfaßt werden können. Als Grundformen werden ein „Hof-“ und ein „Dorfsystem“, das jeweils mit Einzelhof bzw. Dorfgleichzustellen ist, unterschieden. Reihendörfer und Weiler bieten sich als Mischformen an. Welche Siedlungsform angewandt wurde, war von mehreren Faktoren abhängig. Bei Neusiedlung auf Kulturland mußte man sich an die bestehenden Verhältnisse anpassen. Dies bedeutete, daß z. B. bei der Aufsiedlung von Gütern, wo bereits eine Anhäufung von Gebäuden (Herrenhaus, Verwaltungs- und Wirtschaftsgebäude, Scheunen und manchmal auch Landarbeiterwohnungen) vorhanden war, das „Dorfsystem“ meistens bevorzugt wurde. Bei sehr großen Gütern konnten auf dem Gutsland auch noch Siedlungen nach dem „Hofsystem“ oder mit Mischformen eingerichtet werden.

In den Ödlandgebieten, besonders in den Moorgebieten, entstanden häufig Reihendörfer. In den Neulandgebieten wurde die für eine optimale Agrarstruktur geeignete Siedlungsform angewandt. Das war dann die Einzel- oder Weilersiedlung, bei der das Land in unmittelbarer Hofnähe war. Es entstanden sowohl auf Neu- und Ödland als auch auf Gutsländereien oft auch Dörfer aus national- oder sozialpolitischen Überlegungen, obwohl nach landwirt-

schaftlichen Gesichtspunkten Einzelsiedlungen hätten bevorzugt werden müssen. Man war der Meinung, daß die Sefßhaftigkeit bestimmter Siedlergruppen so besser gewährleistet wäre.

Angesichts seines besonderen Interesses an der ländlichen Neusiedlung war es für den Staat wichtig, eine diesen Zielen entsprechende Organisationsstruktur zu entwickeln. Dadurch sollten die politischen, gesetzlichen, wirtschaftlichen und sozialen Hindernisse beseitigt werden, so daß der Siedlungsvorgang reibungslos ablaufen konnte. Obwohl sich die staatlichen Ziele im Laufe der Zeit änderten, waren folgende Voraussetzungen doch immer ausschlaggebend (vgl. REICHMAN u. HASSEN 1984, 63):

1. Institutionen, die ermächtigt sind, in den Grundstücksverkehr einzugreifen;
2. Deutliche Vorstellungen über die Art und Lage der anzukaufenden Grundstücke;
3. Eindeutige Richtlinien über die Aufteilung von Landbesitz, die Auswahlkriterien für die Kolonisten sowie die Gestaltung der neuen Siedlungen;
4. Soziale und wirtschaftliche Anreize für mögliche Kolonisten aus bestimmten Bevölkerungsgruppen;
5. Möglichkeiten zur Integrierung bzw. Vertreibung der einheimischen Bevölkerung in den Kolonisationsgebieten.

Obenstehende Zielsetzungen und Durchführungsmöglichkeiten stellen einen Idealfall dar. Hiermit wird dann die Wirkung des Zentrum-Peripherie-Mechanismus bestätigt. In der Praxis waren diese Voraussetzungen fast nie vollständig gegeben, weil auch auf nationaler Ebene widersprüchliche Interessen und Kompetenzkonflikte vorhanden waren. Auch veränderten sich die Vorstellungen über die Notwendigkeit eines Kolonisationsprojektes, wodurch die Ausführung im Laufe der Zeit möglicherweise eine geringere Priorität erhielt. Hier treffen wir ein wichtiges Element der inneren Kolonisation an: ihre ideologische Bedeutung. Das Überzeugen der Bevölkerung von den nationalpolitischen Beweggründen für die Kolonisation konnte oft wichtiger sein als die Verwirklichung der Kolonisationspläne. Dies war besonders nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland der Fall, als die Bedeutung des 1919 erlassenen Reichs-siedlungsgesetzes in allen möglichen Veröffentlichungen und bei vielen Gelegenheiten betont wurde, obwohl in den ersten fünf Jahren nach dem Erlaß aufgrund dieses Gesetzes nur wenige neue Siedlungen entstanden sind.

Bedingt durch die unterschiedlichen Akzente der einzelnen Zielsetzungen und den politischen Willen bei der Realisierung der Pläne erhielt die Neusiedlung in den verschiedenen mitteleuropäischen Staaten eine

unterschiedliche Organisationsstruktur. In Deutschland war die unmittelbar vom Staat durchgeführte Kolonisation nach dem Ersten Weltkrieg verpönt; dagegen fing sie in den Niederlanden nach der Annahme des Zuiderseegesetzes (1918) erst richtig an.

### 3. Ziele und Stellungnahmen in den einzelnen Perioden

Obwohl die innere Kolonisation in den verschiedenen europäischen Staaten während der letzten hundert Jahre ein unterschiedliches Gewicht hatte, kann man aufgrund politischer Ereignisse und Entwicklungen für die meisten Staaten etwa die gleiche Zeiteinteilung anwenden. Wir unterscheiden daher drei Perioden:

1. Die Zeit bis zum Ende des Ersten Weltkriegs,
2. Die Zwischenkriegs- und Kriegszeit bis 1945,
3. Die Nachkriegsperiode.

In diesem Abschnitt werden wir die Art und Weise der Kolonisation in einigen europäischen Staaten in den verschiedenen Perioden kurz andeuten. Dabei werden wir dann ausführlicher einige Beispiele von politischen Stellungnahmen für die verschiedenen Perioden erörtern.

#### 3.1 Die Periode bis zum Ende des Ersten Weltkrieges

In Deutschland waren Nationalpolitik und Sozialpolitik für die innere Kolonisation ausschlaggebend. Die Moorsiedlung im Westen und vereinzelt auch im Osten waren vor allem sozialpolitisch geprägt. Dagegen hatte die Gutsaufsiedlung im Osten einen nationalpolitischen Charakter, unabhängig davon, ob sie von der staatlichen Ansiedlungskommission in Westpreußen und Posen oder von den Siedlungsgesellschaften in Ostpreußen und Pommern durchgeführt wurde. Da die deutsche Landwirtschaft sich durch protektionistische Maßnahmen weitgehend vom Weltagrarmarkt gelöst hatte, brauchte man sich nicht unbedingt um die Modernisierung der Landwirtschaft zu kümmern. Anders war dies in Dänemark und später auch in den Niederlanden, wo man versuchte, die Landwirtschaft an die veränderten Marktverhältnisse nach der großen Agrarkrise anzupassen. Dort wurde dies bei der Gründung neuer Agrarbetriebe berücksichtigt; die Kultivierungen wurden nach modernen Maßstäben durchgeführt. In den nordischen Staaten, einschließlich Dänemark, versuchte man die Übersee-Auswanderung durch die Gründung landwirtschaftlicher Betriebe einzuschränken. In Süd- und Osteuropa gab es noch wenig

Siedlungstätigkeit; hier nahmen die sozialen Unterschiede gerade noch zu.

Als Beispiele für politische Überlegungen und Stellungnahmen in dieser Zeit führen wir einige Ideen des Nationalökonomen MAX SERING (1857–1939) an. Er hatte sich auf die Agrarpolitik spezialisiert und lehrte in Berlin. SERING war einer der entschiedensten Befürworter der inneren Kolonisation. Sein Einfluß war durch seine Lehrtätigkeit in Berlin, seine vielen Veröffentlichungen und besonders seine politische Position sehr groß. SERING sah die im ausgehenden 19. Jahrhundert begonnene Kolonisationstätigkeit als Fortsetzung der Kolonisationspolitik Friedrich des Großen von Preußen (AUHAGEN 1917, 161). Die wichtigste Kolonisationsform war bei ihm die Aufsiedlung größerer Güter, vor allem wegen ihrer sozialpolitischen Wirkung. Die massive Industrialisierung im Westen des Reiches hatte zu einer starken Abwanderung der ländlichen Bevölkerung aus dem Osten geführt (SERING 1893, 52). Diese Entwicklung wurde durch die sozialen Verhältnisse innerhalb des dortigen vorherrschenden Großgrundbesitzes gefördert. Da die Landarbeiter in den Gütern kaum Aufstiegschancen hatten und stark vom Gutbesitzer abhängig waren, wanderten sie in die expandierenden Industriegebiete des Westens ab (SERING 1909, 176–177). Der Bewußtwerdungsprozeß der Landarbeiter führte bei den vorherrschenden sozialen Verhältnissen zu starken Klassengegensätzen (SERING 1910, 623). Diese wurden zusammen mit der Abwanderungsbewegung von SERING als nationalpolitisch gefährlich bewertet. Deshalb schlug er vor, für die Landarbeiter landwirtschaftliche Stellen einzurichten. Nur durch den Aufstieg zu selbständigen Bauern könnten die Klassengegensätze entschärft und nur durch die Bodenbindung die Landarbeiter als selbständige Landwirte dauerhaft seßhaft werden (SERING 1909, 139). SERING forderte weiter, wenn im Osten Güter zum Verkauf angeboten würden, diese unbedingt zur Aufteilung und Aufsiedlung anzukaufen. Die soziale Not unter den Landarbeitern war nach seiner Meinung so groß, daß ein derartiges Vorgehen geboten war. Bei der Aufsiedlung sollten dann keine Restgüter übrigbleiben (SERING 1910, 140). Dies bedeutete nicht, daß der gesamte Großgrundbesitz hätte beseitigt werden müssen.

Bei SERING wird deutlich, wie eng sozial- und nationalpolitische Zielsetzungen miteinander verbunden waren und welche Stellung der Bauernbetrieb als Grundelement der „inneren Kolonisation“ innehatte. Diese neuen Bauernbetriebe sollten die bestehende Gesellschaftsordnung nicht schwächen, sondern eher stärken.

### 3.2 Die Periode 1919–1945

Seit 1919 wurde zunehmend vor allem aus sozialpolitischen Überlegungen in Staaten wie Deutschland, Dänemark, Österreich und den Niederlanden die Kolonisation gefördert. In den 20er Jahren nahm die Ödlandkultivierung spürbar zu. Hierbei handelte es sich in den Niederlanden, Dänemark und Nordwestdeutschland um größere geplante Kultivierungen. In Süddeutschland und den Alpenländern gab es Kultivierungsinitiativen in kleinerem Rahmen. In der Schweiz waren die Kultivierungen durch die aufgezwungene Eigenversorgung als Folge des Ersten und später des Zweiten Weltkrieges bedingt. Auch die Neulandgewinnung und -besiedlung wurde ermutigt. Beispiele sind das niederländische Zuidersee-Projekt, die Neulandgewinnung an der schleswig-holsteinischen Küste und die Trockenlegung der Pontinischen Sümpfe in Italien, die in den 30er Jahren in Angriff genommen wurde. Bei der Durchführung dieser Arbeiten hat das Motiv der Arbeitsbeschaffung teilweise eine wichtige Rolle gespielt.

In Ostmitteleuropa wurden im Rahmen ziemlich radikaler Bodenreformgesetze Großgüter aufgeteilt. Die Intensität war in den verschiedenen Staaten unterschiedlich. So wurden z. B. in der Tschechoslowakei relativ viele und in Ungarn nur wenige Güter aufgeteilt. Die Gutsaufsiedlung gewann im Laufe der 20er Jahre auch in Deutschland an Bedeutung. Wie vor dem Ersten Weltkrieg hatte sie vor allem eine nationalpolitische Bedeutung, die allerdings durch die veränderten politischen Verhältnisse der östlichen Nachbarstaaten eine neue Dimension erlangte. Auch in Dänemark erhielt die Gutsaufsiedlung in dieser Periode einen Aufschwung.

Unter der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland geriet die Kolonisationspolitik mehr als zuvor unter ideologischen Einfluß. Im Rahmen einer Politik, die die soziale Ungleichheit förderte, wurden in einigen kleinbäuerlichen Gebieten vereinzelt größere landwirtschaftliche Neusiedlungsbetriebe gegründet, die von parteitreuen Landwirten eingenommen wurden. Nachdem der Zweite Weltkrieg ausgebrochen war, trat ein neues Kolonisationsmotiv in den Vordergrund: nämlich die Kolonisation im Rahmen einer imperialistischen Kriegsführung. Damit treten die Kolonisationsideen der Nationalsozialisten unverhohlen in Erscheinung, wie aus der Planung der räumlichen Gestaltung von Kolonisationsgebieten hervorgeht.

LIEDECKE (1940, 135) teilt den eroberten sog. neuen deutschen Osten in drei Zonen ein, die gemäß der „abnehmenden deutschen Prägung“ eine unter-

schiedliche Umgestaltung erforderten. In der ersten Zone, der sogenannten Ergänzungszone, die ans Reich grenzte, waren wenige Veränderungen notwendig, weil dort noch viele deutsche Elemente vorhanden waren. In den beiden anderen Zonen und besonders der dritten, der sogenannten Neubauzone, sollte nach den damaligen Vorstellungen sehr viel verändert werden. Die Neubauzone hatte den Vorteil, daß „sich die nationalsozialistische Weltanschauung im Raume ausprägen und ihre ureigensten landschaftlichen und städtebaulichen Ideen verwirklichen [können], ohne daß Hergebrachtes die Gestaltung einengt“ (LIEDECKE 1940, 135). Es ist dann auch nicht verwunderlich, daß die meisten Pläne für die Neubauzone entwickelt wurden. Für die einheimische Bevölkerung war in diesen Plänen kein Platz; sie sollte umgesiedelt werden (OBERLÄNDER 1940, 128). Durch eine solche Zoneneinteilung sei eine geschlossene „Ausdehnung volkhafte[n] Raumes“, d. h. eine Verstärkung des Deutschtums, möglich (PLASSMANN 1940). Dabei sei es erforderlich, daß die Deutschen sich in geschlossenen Landsmannschaften, in Gruppen aus benachbarten Heimatdörfern, ansiedelten (PRIEBE 1940, 224).

Für das Kolonisationsgebiet war eine hierarchische Siedlungsstruktur mit größeren und kleineren Siedlungen vorgesehen, worin für Einzelsiedlungen kein Platz war. Der Grund hierfür war, daß diese angeblich schwierig in die Gemeinschaft zu integrieren waren. Für Großbetriebe mit einem Umfang von mehr als 140 ha wurde eine Ausnahme gemacht. Diese Betriebe bildeten dann die niedrigsten Elemente der Siedlungshierarchie. In dieser Hierarchie war die Größe und Zahl der Versorgungs-, Verwaltungs-, Verkehrs- und Parteieinrichtungen abhängig von der Größe der Siedlung. Die Grundlage für dieses hierarchische System war die Theorie der zentralen Orte von W. CHRISTALLER mit seinen drei Prinzipien Versorgung, Verkehr und Verwaltung. In dieser Struktur strebte man bewußt eine soziale, wirtschaftliche und politische Ungleichheit an, so daß eine vollständige Kontrolle gewährleistet war und zugleich eine Integration realisiert werden konnte (WOLF 1940, BERGMANN o. J., CHRISTALLER 1940). Die damalige Diskussion über die Einrichtung der eroberten Gebiete wurde von 1939 bis 1940 mehr oder weniger von der „Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ koordiniert.

Insgesamt ist in der Periode 1919–1945 in den meisten mitteleuropäischen Staaten eine Zunahme der Kolonisationsaktivitäten zu verzeichnen. Hinzu kommt noch, daß die Ausführung der Kolonisation mehr und mehr nach raumplanerischen Gesichts-

punkten erfolgte. Dies hängt sowohl mit der Vergrößerung der einzelnen Projekte als auch mit der Integration der Kolonisation in andere räumliche Maßnahmen zusammen.

### 3.3 *Die Annektierungs- und Kolonisationspläne einzelner Niederländer nach 1945 und die deutschen Reaktionen*

Ein Phänomen, das im Rahmen einer Analyse der Stellungnahmen über innere Kolonisation nicht unerwähnt bleiben darf, ist die in den Jahren 1944–1949 geführte Diskussion über die Annektierung und Kolonisation deutscher Grenzgebiete durch die Niederlande. Dies ist bemerkenswert, weil die ländliche Neusiedlung in den Niederlanden bis dahin nur geringfügig von territorialen Interessen geprägt war.

Auf Anregung der Londoner Exilregierung entstanden Überlegungen über die Annektierung von deutschen Grenzgebieten als Entschädigung für die Kriegszerstörungen (LADÉMACHER 1983, 460). Besonders innerhalb des von der deutschen Besatzungsmacht 1941 gegründeten „Rijksdienst voor het Nationale Plan“, einer Schwesterorganisation der „Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“, wurden Überlegungen über die Annektierung deutscher Gebiete laut. Die Meinungen über diese Pläne waren sehr unterschiedlich. In den Kreisen der Widerstandskämpfer, vor allem bei den Kommunisten und Sozialisten, wurde die Annektierung prinzipiell abgelehnt. Doch auch bei den Befürwortern variierten die Meinungen von Ansprüchen auf nur kleine Gebiete bis zu einer Ausdehnung an die dänische Grenze.

HILTERMANN, ein Journalist und bis heute ein bekannter Rundfunkkommentator, war Befürworter einer radikalen Lösung. Die Hauptfrage für ihn war, was mit der einheimischen Bevölkerung geschehen sollte, weil in den neuen Gebieten eine neue niederländisch geprägte Gemeinschaft aufgebaut werden sollte. Gleichzeitig sollten Engpässe im niederländischen Altsiedelland beseitigt werden. HILTERMANN schlug in diesem Rahmen die Entfernung der einheimischen Bevölkerung vor (HILTERMANN 1945, 82). Die Evakuierung der deutschen Bevölkerung sollte dann nicht nach dem deutschen Muster im sogenannten deutschen Osten durchgeführt werden, sondern die niederländische Regierung sollte die deutschen Behörden auffordern, die Gebiete „leer“ abzutreten (HILTERMANN 1945, 95).

Weniger radikal waren die Annektierungsbefürworter in den Grenzgebieten; sie schätzten die deutsche Grenzbevölkerung positiver ein; JANSSEN z. B. wies in einer Broschüre über die Annektierungsfrage,

die in der Grenzprovinz Limburg veröffentlicht wurde, darauf hin, daß die Räumung der Städte praktisch unmöglich wäre. Deswegen sollte eine ausgewählte zuverlässige Restbevölkerung zurückbleiben, die für die Kolonisation nützlich sein könnte. Durch die Selektierung der Restbevölkerung wäre nach seiner Meinung auch das Minderheitenproblem gelöst (JANSSEN 1945, 29–32).

Aus diesen Überlegungen und Plänen wird deutlich, daß in den Niederlanden wegen eines verletzten Rechtsempfindens den Deutschen gegenüber die „innere Kolonisation“ als politisches Instrument angewendet wurde. Andererseits muß erwähnt werden, daß diese Pläne oft von denjenigen entwickelt wurden, die selbst im Krieg am wenigsten gelitten hatten.

Die Annektierungsversuche sind letztendlich zum größten Teil gescheitert. Allerdings hatten sie doch noch zwei wichtige Folgen. Erstens wurden 1949 einige Grenzkorrekturen durchgeführt, bei denen der Selfkant, Elten und mehrere kleinere Gebiete an die Niederlande kamen. Die meisten Gebiete sind 1964 wieder an die Bundesrepublik Deutschland zurückgegeben worden, und nur einige kleine Teilstücke, wie z. B. das heutige Erholungsgebiet „Teufelsberg“ bei Nimwegen, sind niederländisch geblieben. Zweitens hatten diese Annektierungsversuche deutsche Gegenreaktionen zur Folge. Die damals schon installierten Landesregierungen von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen versuchten den niederländischen Gebietsansprüchen durch schnelle Kolonisationsverfahren in den dünn bevölkerten Grenzgebieten entgegenzutreten. Besonders im Emsland und im Reichswald entstanden in den Jahren 1948 und 1949 neue Siedlungen. Nun wurde die „innere Kolonisation“ als Instrument angewandt, um bedrohte Gebiete erhalten zu können (SMIT 1983, 172; DANIELZYK u. WIEGANDT 1985; SMIT 1986).

Im Emsland wurde die schnelle Gründung von Siedlungen auch durch die Tatsache erleichtert, daß im Dritten Reich der Staat schon große Ödflächen erworben hatte. Nach dem Krieg wurde besonders von der neugegründeten regionalen Siedlungsgesellschaft, der „Emsland GmbH“, die Neusiedlung auf diesen an die Niederlande grenzenden Flächen vorangetrieben.

Am Zustandekommen der Reichswaldsiedlungen war der damalige Landwirtschaftsminister Nordrhein-Westfalens, HEINRICH LÜBKE, unmittelbar beteiligt. Die staatseigenen Waldflächen hatten durch die Kriegseignisse 1945 schwer gelitten. LÜBKE war der Meinung, daß nicht nur wegen der Unterbringung der Flüchtlinge oder der Stärkung der Nahrungsmittelproduktion, sondern auch aus politischen Gründen die Besiedlung größerer Teile des Gebietes

notwendig wäre. Er setzte sich persönlich ein, um die Bevölkerung des Kreises Kleve von der Notwendigkeit der Neusiedlung zu überzeugen (SMIT 1986). Es läßt sich schließen, daß die deutschen Kolonisationsideen der nationalsozialistischen Zeit zu Reaktionen vieler Art geführt haben, wie nicht nur aus obenstehendem Beispiel verdeutlicht werden kann.

### 3.4 Die Nachkriegsperiode

In den ersten Nachkriegsjahren wurde die Neusiedlung in den meisten zentraleuropäischen Ländern wieder aufgenommen, um die durch den Krieg entstandenen Ernährungs- und Wohnungsprobleme so schnell wie möglich zu beseitigen. Dazu wurden kleinere Agrarbetriebe gegründet als es vor dem Krieg der Fall war. Dies wurde unter anderem im niederländischen Nordostpolder sowie in den westdeutschen Flüchtlings- und ostdeutschen Neusiedlungen für „Umsiedler“ praktiziert. Ansonsten versuchte man die Not in den verschiedenen Staaten auf unterschiedliche Art und Weise zu lindern. In den meisten Teilen Ostmitteleuropas wurden radikale Bodenreformen ohne Entschädigung der Eigentümer durchgeführt. Die deutschsprachige Bevölkerung wurde zum größten Teil vertrieben oder war bereits geflüchtet. Auch Polen wurden gezwungen, den von der Sowjetunion annektierten Teil ihres Landes zu verlassen. Sie wurden zum größten Teil in den ehemaligen deutschen Gebieten östlich der Oder und Neiße angesiedelt. In den westlichen Besatzungszonen und Italien wurden systemschonende Landreformen durchgeführt, die den Großgrundbesitz weitgehend unangetastet ließen. Hier und in weiteren westeuropäischen Staaten wurden kleinere Neusiedlungsbetriebe als vor dem Krieg gegründet.

Viele der neu entstandenen Agrarbetriebe wurden in den 50er Jahren wieder aufgelöst. In den ostmitteleuropäischen Staaten geschah dies durch Kollektivierung oder Verstaatlichung des bäuerlichen Grundbesitzes. Im Westen wurden viele kleinere Betriebe aufgelöst, da die Landwirte sich außerhalb der Landwirtschaft am einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwung beteiligen konnten. In dieser Zeit nahm die Siedlungstätigkeit ständig ab oder wurde an die veränderten Umstände angepaßt, wie z. B. in den IJsselmeerpoldern. Wo noch neue Siedlungen entstanden, geschah dies nur in Zusammenhang mit der Verbesserung der Agrarstruktur und der allgemeinen Lebensbedingungen im ländlichen Raum.

Wir werden uns jetzt noch kurz mit der Frage beschäftigen, warum die ländliche Neusiedlung allmäh-

lich aufhörte. Aus der Sicht der Agrarpolitik war Neusiedlung nicht mehr interessant, weil die Einkommensunterschiede zwischen der Landwirtschaft und den anderen Wirtschaftssektoren immer größer wurden. BAADE (1932, 526) hatte dies schon in den 30er Jahren festgestellt und die Gründung neuer Betriebe verurteilt. Damals versuchte man noch, mit der Gründung von größeren Betrieben die Stellung der Siedlung aufrechtzuerhalten. Wegen der wachsenden Einkommensunterschiede wurden aber derartige Betriebe nach dem Krieg nicht mehr eingerichtet. Nur im Rahmen der Umsiedlung von geeigneten Landwirten, die ihre Betriebe wegen Stadt- und Industrierweiterungen räumen mußten, und durch Aussiedlung entstanden neue Betriebe. Ein anderer Aspekt ist, daß aufgrund der Überproduktion in der Landwirtschaft keine Notwendigkeit mehr bestand, die landwirtschaftlichen Flächen zu erweitern.

Schließlich muß noch erwähnt werden, daß in den 60er und besonders in den 70er Jahren die bis dahin unbestrittene Stellung der Landwirtschaft im ländlichen Raum zunehmend angefochten und dort nun auch durch andere Interessenten und Aktivitäten, wie Wohnen, Erholung und Naturschutz, Raum beansprucht wurde. Dementsprechend wurde die Entscheidung über den letzten IJsselmeerpolder Markerwaard verschoben.

Auch aus bevölkerungspolitischer Sicht war die Neusiedlung nicht mehr interessant, weil es kaum noch Bewerber für neue Siedlerstellen gab. Durch eine gezielte Industriepolitik konnte man den Bevölkerungsabwanderungen nun besser vorbeugen. In sozialpolitischer Hinsicht hätte die Neusiedlung ohnehin ihr Ziel nicht erreicht. In Siedlungen mit relativ kleinen Betrieben, die wenig Verdienstmöglichkeiten boten, wären auf die Dauer Unzufriedenheit und sogar soziale Unruhe entstanden.

In der Regionalpolitik wurde die Gründung von neuen Agrarbetrieben bis in die frühen 50er Jahre noch als Instrument der Regionalförderung verwendet. Danach wurde diese Politik durch eine Industrieförderungspolitik für zurückgebliebene Regionen ersetzt. Eine solche Umwandlung konnte z. B. im Emsland und in Süditalien festgestellt werden.

In der Nachkriegsperiode spielten die grenzpolitischen Aspekte bei der Neusiedlung kaum eine Rolle. Dies kann sehr deutlich am Fehlen der Neusiedlung in den Grenzgebieten, wie z. B. in den oft als gefährdet betrachteten östlichen Grenzgebieten der Bundesrepublik Deutschland, illustriert werden. Dort wurden im Rahmen der Zonenrandhilfe keine landwirtschaftlichen Neusiedlungen geschaffen, sondern es

wurde die Ansiedlung von Industriebetrieben gefördert.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß heute die früheren Motive der ländlichen Neusiedlung durch die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Entwicklungen überholt sind.

#### 4. *Ergebnisse der ländlichen Neusiedlung seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert und ihre Zukunftsperspektive*

Wir haben gesehen, daß die innere Kolonisation in den letzten hundert Jahren stark national geprägt war. Sie war ein Instrument für die Erhaltung bzw. die Stärkung der nationalen Identität. Dies bedeutet, daß sie für die betroffenen Kolonisationsgebiete ein Indikator des Zentrum-Peripherie-Verhältnisses darstellt. Dies war vor allem bei jenen Neusiedlungsformen und -projekten der Fall, die unmittelbar aufgrund nationalpolitischer Ziele verwirklicht wurden. Die Staaten versuchten eine hierfür geeignete Organisationsstruktur aufzubauen, so daß ein reibungsloser Ablauf des komplizierten Neusiedlungsverfahrens sowie die Aufklärung der Betroffenen und Politiker über die nationale Bedeutung der Neusiedlung gewährleistet war.

Welche Auswirkungen hatte die Kolonisation für die jeweiligen Regionen? Handelte es sich um eine erhebliche Förderung der Volkswirtschaft in diesen Gebieten oder wurde z. B. die Abhängigkeit dieser Regionen vergrößert? Hier stoßen wir auf die relativ geringe Bedeutung der wirtschaftlichen und sozialen Aspekte bei der inneren Kolonisation. In den neuen Siedlungen entstanden hauptsächlich landwirtschaftliche Betriebe, zudem meistens zu kleine Familienbetriebe, die keine großen Ausstrahlungs- und Agglomerationseffekte aufwiesen und deshalb nur eine geringe regionalwirtschaftliche Bedeutung hatten. Dazu kam noch, daß die räumliche Ausdehnung der Kolonisationsgebiete in vielen Fällen gering war und sie häufig weit entfernt von den großen Verkehrsströmen und Ballungsgebieten lagen. Nur landwirtschaftliche Produktionsstätten mit einer überregionalen Bedeutung und einer guten Absatzorganisation, wie z. B. die spezialisierten Gärtnereibetriebe in den Reichswaldsiedlungen bei Kleve, haben die regionale Wirtschaftskraft verstärkt. Dies war auch bei größeren Kultivierungs- und Neusiedlungsprojekten mit eigenen Versorgungs- und weiteren nicht-landwirtschaftlichen Arbeitsstätten der Fall. Insgesamt waren die Erfolge der inneren Kolonisation der neuesten Zeit relativ bescheiden. Übrig bleiben meistens nur noch der zeitweilige Bevölkerungsverdichtungseffekt

und eine bestimmte politische oder konfessionelle Sonderstellung von Neudörfern.

Nun haben sich im Zusammenhang mit den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen der letzten Jahre auch die Vorstellungen über den ländlichen Raum geändert. Der Landwirtschaft wird im Rahmen sog. endogener Entwicklungsmöglichkeiten wieder ein wichtigerer Platz als zuvor zugesprochen. Wird nun im Rahmen dieser endogenen Entwicklung die Neusiedlung wiederbelebt? Wir sind der Meinung, daß dies nicht der Fall sein wird. Erstens fehlt hierzu der Raum. Zweitens werden die Gebiete, die für ländliche Neusiedlung in Betracht kämen, auch für andere Funktionen, wie Wohnen und Erholungszwecke, beansprucht. Drittens ist nur eine Minderheit der ländlichen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig. Viertens hat sich die Struktur der Landwirtschaft durch Modernisierung, Spezialisierung und Kapitalisierung so verändert, daß eine Kolonisation im traditionellen Sinne nicht mehr denkbar ist. Diese könnte nur bei der Gründung alternativer landwirtschaftlicher Betriebe und dann nur kleinräumig eine Möglichkeit sein.

Die „innere Kolonisation“ in Europa ist endgültig ein historisches Phänomen geworden. Ihre Motive, Zielsetzungen, Ausführungen und Gestaltungsformen wurden damit wichtige Forschungsgebiete der allgemeinen und regionalen Historischen Geographie.

#### *Literatur*

- AUHAGEN, O.: Max Sering. Zu seinem 60. Geburtstag (18. Jan. 1917). In: Archiv für innere Kolonisation, 1917, S. 161-163.
- BAADE, F.: Die Zukunft der ländlichen Siedlung. In: Die Gesellschaft, 1932 (zitiert aus Archiv für innere Kolonisation, 1932, S. 526-529).
- BAJAJA, V.: Theoretische Grundlagen und praktische Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebsgrößen in der Tschechoslowakei. Gießen 1975.
- BERGMANN, F.: Die bäuerlichen Haus-, Hof- und Siedlungsformen und ihre Anwendung im neuzeitlichen Dorfbau. o. O. (1941) (= Forschungsgemeinschaft für Raumforschung).
- CHRISTALLER, W.: Grundgedanken zum Siedlungs- und Verwaltungsbau im Osten. In: Neues Bauerntum, 1940, S. 305-312.
- CONSTANDE, A. K.: Het dorp in de IJsselmeerpolders. Sociologische beschouwingen over de nieuwe platte-

- landscultuur en haar implicaties voor de planologie van de droog te leggen IJsselmeerpolders. Zwolle 1960.
- DANIELZYK, R. u. WIEGANDT, C.: Lingen im Emsland. Dynamisches Entwicklungszentrum oder „Provinz“? Münster 1985.
- DONGUS, H.: Die Agrarlandschaft der östlichen Po-Ebene. Tübingen 1966.
- EHRENFORTH, W.: Reichssiedlungsgesetz und Grundstücksverkehrsgesetz. Kommentar. Köln 1965.
- GROENMAN, S. J.: Sociale opbouw en kolonisatie in de Noordoostpolder. In: Tijdschrift voor Economische Geographie, 38, 1947, 257-264.
- HILTERMANN, G. B. J.: Land om land. Een beschrijving over de mogelijkheid onze grenzen met Duitsland naar het Oosten te verleggen. Amsterdam 1945.
- HOWALD, O.: Einführung in die Agrarpolitik. Bern 1946.
- HUGENBERG, A.: Innere Colonisation im Nordwesten Deutschlands. Straßburg 1899.
- JANSSEN, W. A. F.: Toelichting bij de „Enquete Annexatie-probleem“ der Werkgemeenschap Limburg. Maastricht 1945.
- KAMPP, A. H.: An agricultural geography of Denmark. Budapest 1975.
- KING, R.: Land Reform. The Italian Experience. London 1973.
- KOTOW, G. G.: Agrarverhältnisse und Bodenreform in Deutschland. Berlin (Ost) 1959.
- LADEMACHER, H.: Die Niederlande und Deutschland 1945-1949. Wirtschaftsfragen und territoriale Korrekturen. In: EHBRECHT, W. u. SCHILLING, H. (Hrsg.): Niederlande und Nordwestdeutschland. Köln/Wien 1983, S. 456-511.
- LANG, E.: Bedeutung und Organisation der ländlichen Siedlung in Deutschland. In: SERING, M. (Hrsg.): Die deutsche Landwirtschaft unter volks- und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Berlin 1932, S. 692-719.
- LIEDECKE, E.: Der neue Ostraum als Planungsraum. In: Neues Bauerntum, 1940, S. 135-137.
- MAYER, E.: Moderne Formen der Agrarkolonisation im sommertrockenen Spanien. Stuttgart 1960.
- MEEL, C. J. VAN: Enkele aspecten van de Franse landbouw. Wageningen 1957.
- MEINIG, D. W.: A Macrogeography of Western Imperialism. Some Morphologies of Moving Frontiers of Political Control. In: CALE, F. u. LAWTON, G. G. (Hrsg.): Settlement and Encounter. Melbourne 1969, S. 213-240.
- MEYER, K.: Neues Landvolk. Verwirklichung im neuen Osten. In: Neues Bauerntum, 1941, S. 93-99.
- MORGEN, H.: Gesunde Bauerndörfer durch bewegliche Betriebsgrößen. In: Neues Bauerntum, 1940, S. 66-70.
- OBERLÄNDER, TH.: Von der Front des Volkstumkampfes. In: Neues Bauerntum 1940, S. 124-127.
- PEPERKAMP, G.: Agrarische kolonisatie, in het bijzonder in het Ebro-bekken. Nijmegen 1977.
- PLASSMANN, J. O.: Die Erneuerungskraft des deutschen Ostens. In: Neues Bauerntum 1940, S. 124-127.
- PRIEBE, H.: Der neue Hof im neuen Dorf. In: Neues Bauerntum, 1940, S. 220-224.
- REICHMAN, S. u. HASSEN, S.: A Cross-cultural Diffusion of Colonization: From Posen to Palestine. In: Annals of the Association of American Geographers, 74, 1984, S. 57-70.
- SERING, M.: Die innere Kolonisation im östlichen Deutschland. Leipzig 1893.
- : Diskussionsbeiträge. In: Verhandlungen der I. Tagung der I. Sitzungsperiode des Königlichen Landesökonomiekollegiums 1908. Thema: Weitere Maßnahmen zur Förderung der inneren Kolonisation. Berlin 1908.
- : Aussprache während der Tagung des Landesökonomiekollegiums, I. Sitzungsperiode 1909. Berlin 1909.
- : Diskussionsbeiträge. In: Verhandlungen der II. Tagung der I. Sitzungsperiode des Königlichen Landesökonomiekollegiums 1910. Thema: Grundbesitzverteilung und Abwanderung vom Lande. Berlin 1910.
- : Politik und Grundbesitzverteilung in den großen Reichen. Referat. Verhandlungen des Landesökonomiekollegiums am 9. 2. 1912. Berlin 1912.
- SMIT, J. G.: Neubildung deutschen Bauerntums. Innere Kolonisation im Dritten Reich. Fallstudien in Schleswig-Holstein. Kassel 1983 (= Urbs et Regio. Kasseler Schriften zur Geographie und Planung, 30).
- : Kolonisatie in het Reichswald bij Kleef - confrontatie van Duitse en Nederlandse kolonisatie-ideeën na de Tweede Wereldoorlog? Unveröff. Manuskript Nijmegen 1986.
- SOOSTEN, P. P. VON: Finnlands Agrarkolonisation in Lappland nach dem Zweiten Weltkrieg. Marburg 1970.
- STONE, K. H.: Norways internal Migration to the New Farms since 1920. Den Haag 1971.
- VRIES REILINGH, H. D. DE: Denemarken, oase in Europa. Meppel 1954.
- VOLGYES, I.: The peasantry of Eastern Europe. Vol. II, 20th Century Development. New York 1979.
- WÄDEKIN, K.-E.: Sozialistische Agrarpolitik in Osteuropa. Gießen 1974.
- WANGENHEIM: Diskussionsbeiträge. In: Verhandlungen des Landesökonomiekollegiums 1908. Berlin 1908.
- WOLF, P.: Die Einfügung der bäuerlichen Siedlung in die Gesamtordnung des Raumes. Manuskript für die Deutsche Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung. o. O. o. J. (1940).
- Zielanalyse „Ländliche Siedlung“. Manuskript Landeskulturamt Hannover. Hannover 1973.
- Zwanzig Jahre deutsche Kulturarbeit 1886-1906. Denkschrift des Herren Landwirtschaftsministers über die Verwendung des Fonds zur Förderung der inneren Kolonisation. Berlin 1907.